

**Rubrik: Politik****Ausgabe 10 - 2018****Exbürgermeister wird das Gebiet in der Staatsduma vertreten**

Im Unterschied zu anderen russischen Regionen, in denen am 9. September 2018 Gouverneure oder Bürgermeister gewählt wurden, standen für Wähler in Kaliningrad nicht so schwere Entscheidungen auf dem Spiel: Es ging da in erster Linie darum, wer zum Abgeordneten der Staatsduma werden sollte.

Ein Sessel in der obersten russischen Legislative wurde frei, nachdem der Abgeordnete Aleksej Silanow nach Kaliningrad zurückversetzt und zum Bürgermeister ernannt worden war. Zum Wahlkampf um die freigewordene politische Position in Moskau traten in Kaliningrad sechs Vertreter führender politischer Parteien an. Der Exgouverneur von Kaliningrad, Alexander Jaroschuk, ging aus der Wahl mit überzeugender Stimmenmehrheit als Sieger hervor. Er hat 40,2 Prozent der Stimmen, sein Rivale Igor Rewin (Kommunistische Partei) 22,5 Prozent und Jewgeni Mischin (Liberal-Demokratische Partei) 13,6 Prozent der Stimmen vereinnahmt.

Ein Abgeordneter musste auch in die Legislative auf Gebietsebene gewählt werden, da dort auch ein Platz frei wurde, nachdem dem Politiker Igor Rudnikow im Herbst 2017 sein Mandat entzogen worden war. Auch in diesem Fall kam es zwischen fünf Kandidaten zu keinem erbitterten Wahlkampf: Mit 38,2 Prozent der Stimmen gewann einer der führenden Politiker der Regierungspartei „Einiges Russland“ im Gebiet, Andrej Kolesnik, die Oberhand.

Außerdem wurde bei diesen Wahlen der personelle Bestand der Stadträte in Gusev, Nesterow und Swetlogorsk erneuert und ein Abgeordneterplatz im Stadtrat von Laduschkin (ehem. Ludwigsort) musste neubesetzt werden.

Nicht zu übersehen war diesmal die ungewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung: 20,1 Prozent bei der Wahl in die Staatsduma und lediglich 13,7 Prozent bei der Wahl in die Gebietsduma.

Wesentlich mehr Interesse zeigten für die Wahlen Bürger, die im Osten des Gebietes leben: Die Wahlbeteiligung überstieg dort im Durchschnitt 30 Prozent. „Das erklärt sich dadurch, dass es dort nicht nur um die Staatsduma, sondern auch um die personelle Besetzung der örtlichen Stadträte ging“, sagte die Vorsitzende der Gebietsduma, Marina Orgejewa, der Zeitung „Komsomolskaja Prawda“. „Die Wähler wussten, dass sie ihre Stimme und ihr Vertrauen den Politikern geben sollen, mit denen sie in ihren Städten fortan Seite an Seite leben und arbeiten würden.“